***Stellungnahme des Bauamtes zur kurzfristigen Bereitstellung von gewerblich/industriellen Flächen für bestehende sowie neu anzusiedelnde Unternehmen,
Anfrage der CDU-Fraktion zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses,
17.10.2017, Drucksachen-Nr. 5561/2014-2020***

Die WEGE mbH erarbeitet in Zusammenarbeit mit dem Fachgutachter Dr. Kahnert / Büro für Gewerbeplanung und Stadtentwicklung und der Verwaltung für die – noch nicht durch Bauleitplanung gesicherten – regionalplanerischen Siedlungsreserven mit gewerblicher Perspektive (GIB) strukturelle Nutzungskonzepte zur Profilierung. In diesem Zusammenhang soll auch die Verfügbarkeit bzw. Aktivierbarkeit geprüft werden. Damit wird der Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses im Zusammenhang mit den Empfehlungen zur zukünftigen Bielefelder Gewerbeflächenpolitik umgesetzt (27.06.2017, Drucksachen-Nr. 3888/2014-2020). Auf dieser Grundlage soll über die weitere Flächenentwicklung und die Einleitung von Bauleitplanverfahren entschieden werden.

Ferner erarbeitet die WEGE mbH in Zusammenarbeit mit dem o.g. Fachgutachter und der Verwaltung ein Konzept zur Mobilisierung von Flächenreserven privater Eigentümer in den bestehenden Bielefelder Gewerbegebieten. Auf der Grundlage einer (erneuten) Ansprache der Eigentümer sollen die Aktivierungs-/Vermarktungsbereitschaft geprüft und Aktivierungshemmnisse vertiefend geklärt werden. Auf dieser Grundlage sollen weitere Maßnahmen und Handlungsgansätze zur Innenentwicklung bestimmt werden. Auch hiermit wird der Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses im Zusammenhang mit den Empfehlungen zur zukünftigen Bielefelder Gewerbeflächenpolitik umgesetzt.

Die Regionalplanungsbehörde der Bezirksregierung Detmold (RPIB) hat das Verfahren der Neuaufstellung eines Regionalplanes für Ostwestfalen-Lippe (RPlan OWL), die Zeitplanung der kommenden Jahre, den Erarbeitungsstand sowie einen Ausblick auf die anstehenden Arbeitsschritte konkretisiert. Als Grundlage für die Gestaltung des Prozesses wurde zwischenzeitlich ein Konzept erarbeitet, das den fachlichen, zeitlichen und organisatorischen Rahmen für eine Zusammenarbeit der RPIB mit der „kommunalen Familie“ im Vorfeld einer Entwurfsfassung für den neuen Regionalplan beschreibt. Die Stadt Bielefeld (sowie die Kreise) wurden konkret gebeten, fachliche Beiträge zu zentralen regionalplanerischen Themenfeldern und Fragenstellungen zu erstellen. Hierzu zählt auch die Identifizierung von Potenzial- und Suchräumen für die zukünftige Siedlungsentwicklung und deren Vorabstimmung, die in den Prozess zur Neuaufstellung des Regionalplanes OWL eingebracht werden sollen. Eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe der Verwaltung hat unter Beteiligung der WEGE mbH und des o.g. Fachgutachters damit begonnen, das gesamte Stadtgebiet auf potenziell geeignete Bereiche für eine zukünftige gewerbliche Nutzung (sog. Suchräume) zu untersuchen. Die RPIB hat jedoch angekündigt, dass die Vorgaben und die Standards für fachliche Beiträge vorab noch von der Bezirksregierung entwickelt und in den weiteren Prozess eingebracht werden sollen; dieses ist zu berücksichtigen. Nach Vorbereitung durch die Verwaltung sollen die Suchräume politisch beraten werden.

In der Zeit des Erarbeitungsverfahrens des neuen Regionalplans sollen aktuelle kommunale Entwicklungen – im Bereich der Siedlungsflächen für die Wirtschaft (und das Wohnen) –

durch die RPIB im Rahmen von sog. landesplanerischen Anpassungsverfahren nach § 34 LPlG NRW vollzogen werden. Ein aktuelles Beispiel in diesem Zusammenhang stellen die Erweiterungsabsichten zweier vorhandener Betriebe im Stadtteil Brackwede-Ummeln dar (vgl. TOP, 15.1, Erst- und Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. U/16 "Gewerbegebiet Ummelner Straße / Bohlenweg" bzw. 246. Flächennutzungsplanänderung). Hingegen sollen Regionalplanänderungen gemäß einer Absprache zwischen dem Regionalrat und der Bezirksregierung auf das notwendige Maß beschränkt werden, um möglichst schnell einen Entwurf für einen neuen Regionalplan OWL erarbeiten und das formale Erarbeitungsverfahren beginnen zu können. Nach Auskunft der Bezirksregierung Detmold sollen diese insbesondere zur Standortsicherung und Erweiterung von Unternehmen vorhabenbezogen vorgenommen werden.

gez. Temmen/Steinriede